K-4-2125 Zukunft schaffen – Innovationen und Chancen

Antragsteller*in: Heiko Glawe (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu K-4

Von Zeile 246 bis 247 einfügen:
Gewerkschaften und der Berliner Justiz. Es geht um Perspektiven für die Ausgebeuteten und Sanktionen gegen die, die von Ausbeutung profitieren. Gute Arbeit und Arbeits- und Sozialrechte müssen für alle Berliner*innen zugänglich und durchsetzbar sein – unabhängig auch von Herkunft und Sprache. Durch offene Grenzen und sich ändernde Gesetze, durch Arbeitgeber*innen, die sich darauf spezialisieren, eingewanderte und mobile Arbeitnehmer*innen auszunutzen und auszubeuten, brauchen die Menschen in Berlin verlässliche, mehrsprachige Information und Beratung. Auch in Zeiten von Grenzschließungen nimmt die Zahl der Ratsuchenden nicht ab. Es ist daher an der Zeit, das langjährige Angebot des Berliner Beratungszentrums für Migration und Gute Arbeit BEMA institutionell zu verstetigen.

Begründung

Berlin hat ein vielfältiges Beratungsangebot für Migrant*innen. Es ist gut und wichtig, die Vielfalt dieses Angebots abzusichern, insbesondere Formen der Selbsthilfe.

Es gibt allerdings nur eine Beratungsstelle, die explizit arbeitsrechtliche Beratung und Unterstützung leistet, das Beratungszentrum für Migration und Gute Arbeit (BEMA). Das BEMA arbeitet mit vielen Migrant*innen-Organisationen zusammen und übernimmt häufig die Beratung in Bezug auf arbeitsrechtliche Fragen. Es hat daher eine strategische Rolle im leider dauerhaft notwendigen Kampf gegen Arbeitsausbeutung und sollte daher auch dauerhaft finanziert werden.

Unterstützer*innen

Manuel Honisch (KV Berlin-Kreisfrei); Armin Schäfer (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Gökhan Akgün (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Linda Guzzetti (KV Berlin-Kreisfrei); Annette Breitsprecher (KV Berlin-Mitte); Walter Otte (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Thomas Hess (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Ingrid Bertermann (KV Berlin-Mitte); Anne Kathrina Gruber (KV Berlin-Mitte)